

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



## **10 Forderungen zur beruflichen Bildung und Weiterbildung**



# **Rettet die Bildung!**

Qualität entwickeln – Arbeitsbedingungen verbessern

## 1. Qualifizierte Ausbildung für alle

Wer in Coburg oder Schweinfurt einen Ausbildungsplatz sucht, tut sich viel schwerer als Gleichaltrige in München. Wer in Ostdeutschland eine betriebliche Berufsausbildung machen will, hat schlechte Karten: Weniger als die Hälfte der Interessenten findet einen Platz.

Mögen auch bundesweite Durchschnittszahlen und politische Verlautbarungen etwas anderes nahelegen: Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist keineswegs entspannt. Es reicht auch nicht, auf geburtenschwächere Jahrgänge oder einen Wirtschaftsaufschwung zu warten. Jede/r Jugendliche hat hier und jetzt Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung. Und das schließt eine echte Wahlmöglichkeit ein.

Die GEW fordert, die Berufsbildung unabhängig von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen zu machen. Jugendliche dürfen nicht zu „Marktbenachteiligten“ werden, weil sie zur „falschen“ Zeit und am „falschen“ Ort leben. Deshalb müssen die Ergänzungen des dualen Systems aufgewertet werden: Außerbetriebliche und schulische Formen der Qualifizierung sollen die gleiche Qualität, Zukunftsfähigkeit und Anerkennung erhalten wie die klassische Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Gerade für Ostdeutschland hat die Erweiterung des dualen zu einem pluralen Berufsbildungssystems besondere Bedeutung.

## 2. Arbeitslose und benachteiligte Jugendliche fördern

Eine/r von vier Jugendlichen, die deutsche Schulen verlassen, gehört laut Pisa-Studie zu einer „Risikogruppe“: Fähigkeiten und Fertigkeiten reichen kaum aus, um einen Beruf zu erlernen. Eine düstere Perspektive – werden doch die Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt weiter steigen.

Es ist schwierig für junge Leute, diesen Mangel an Kompetenzen später auszugleichen. Die Angebote von Jugendberufshilfe, beruflicher Aus- und Weiterbildung reichen nicht aus und sind zu wenig aufeinander abgestimmt.

Die GEW fordert zweierlei: Frühkindliche Erziehung und Schule müssen alle Kinder und Jugendlichen so fördern, dass möglichst niemand mehr „benachteiligt“ ist. Für diejenigen, für die präventive Maßnahmen zu spät kommen, soll die sozialpädagogische Unterstützung flächendeckend ausgebaut und eng mit Angeboten verzahnt werden, in denen Schulabschlüsse nachgeholt werden können oder Berufsvorbereitung und Nachqualifizierung möglich sind. Dabei ist besonders zu überlegen, welche Bedürfnisse junge Menschen mit Migrationshintergrund haben.

### 3. Das Berufsbildungsgesetz reformieren

Die Berufsschulen spielen als Lernort eine immer größere Bedeutung, unter anderem deshalb, weil die Anforderungen in vielen Professionen wachsen und ausbildende Klein- und Mittelbetriebe dringend auf die fachkundige Hilfe der Schulen angewiesen sind. Andererseits aber zählen die Berufsschulleistungen der Azubis nichts im Abschlusszeugnis.

Das ist einer der Punkte, an dem die Wirklichkeit die Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von 1969 längst überholt hat. Höchste Zeit für eine Reform, die auch die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung regelt, die Gleichwertigkeit von beruflichen und Hochschulabschlüssen gewährleistet und europäische Entwicklungstrends berücksichtigt.

Die GEW fordert eine Reform des BBiG, durch die der Geltungsbereich des Gesetzes ausgedehnt und neue Grundsätze verankert werden. Es geht um die Anschlussfähigkeit, Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit der verschiedenen Bildungsgänge, um die Aufwertung der Berufsschule als gleichwertiger Lernort, um eine Reform des Prüfungswesens, um eine Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen sowie ein Finanzierungskonzept, das Unternehmen, die selbst nicht ausbilden, an den Kosten der Berufsbildung beteiligt.

### 4. Regionale Berufsbildungszentren aufbauen

Berufsschulen kooperieren mit Betrieben und Kammern und entwickeln gemeinsame Fortbildungen für Lehrkräfte und Ausbilder. Als „Regionales Bildungszentrum“ öffnen sich andere Berufsschulen für Berufstätige, die ihr fachliches Wissen auffrischen wollen.

Entwicklungen dieser Art sind in vielen berufsbildenden Schulen zu beobachten. Einige Bundesländer forcieren solche Trends. Häufig steckt jedoch hinter den neuen Aufgaben der Berufsschulen die Absicht, Kosten einzusparen und das System der Berufsbildung schrittweise zu deregulieren und zu privatisieren.

Die GEW fordert, bei der Reform der beruflichen Schulen den öffentlichen Bildungsauftrag und die Finanzierung aus staatlichen Mitteln nicht anzutasten. Es ist sinnvoll und überfällig, das Aufgabenspektrum dieser Schulen zu erweitern und die Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen zu verstärken. Wichtig ist, dass jede Schule einen größeren eigenen Entscheidungsspielraum erhält – im Rahmen definierter Qualitätsstandards für die Angebote und verlässlicher Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal.

## 5. Qualifizierung von Berufsschullehrkräften reformieren

Sollen sie vor allem Fachwissenschaftler sein oder aber erfahrene betriebliche Praktiker oder hochqualifizierte Didaktiker und Lernberater? Oder gar alles zusammen? Die Vorstellungen davon, was Berufsschullehrer/innen lernen sollen, klaffen weit auseinander – weiter als bei jedem anderen Lehramt.

Dementsprechend vielfältig sind die Ausbildungswege. Außerdem verleitet der Mangel an Berufsschullehrkräften viele Bundesländer dazu, Seiteneinsteiger im Schnelldurchgang zu qualifizieren, je nach Bedarf und ohne längerfristiges Konzept.

Die GEW fordert für Berufsschullehrer/innen eine universitäre Ausbildung mit Diplomabschluss. Sie sollen künftig mehr von der Fachdidaktik erfahren, sich ein Kerncurriculum plus ein eigenes Profil aneignen und sich auch auf nicht-schulische Tätigkeitsfelder vorbereiten. Schließlich müssen erste und zweite Ausbildungsphase besser aufeinander abgestimmt sein. Generell gilt: Alle Lehrämter sind gleichwertig. Wenn Bachelor/Master-Studiengänge eingeführt werden, müssen Breite und Qualität der vermittelten Inhalte erhalten bleiben.

## 6. Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen ausbauen

Schulen organisieren Alphabetisierungskurse für die ausländischen Eltern der Schüler. Sozialämter finanzieren Grundbildungskurse für ausländische Sozialhilfeempfängerinnen. Anerkannte Flüchtlinge unter 25 erhalten die Chance, einen Hauptschulabschluss nachzumachen – solange das Geld im einschlägigen Fördertopf reicht.

Bisher herrschte Wildwuchs auf dem Feld der Bildungsangebote für Migrant/innen. Das Zuwanderergesetz sollte diesen Zustand beenden. Es deutet sich aber an, dass auch dieses Gesetz vieles nicht leisten wird, was an sprachlicher, sozialer und beruflicher Integration notwendig wäre.

Die GEW fordert einheitliche Regelungen für Sprachkurse, unabhängig davon, an welche Zuwanderergruppe sie sich wenden. Außerdem ist ein umfassendes Integrationsangebot nötig für alle Neuzuwanderer sowie für Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits länger in Deutschland leben. Die Bildungsangebote müssen grundsätzlich kostenlos sein und sich an den Vorkenntnissen und Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe orientieren. Das kann folgende Stufen umfassen: Alphabetisierung – Basisförderung im Mindestumfang von 900 Stunden – berufsbezogene Aufbauförderung – bedarfsorientierte sozialpädagogische Begleitung.

## 7. Weiterbildung bundesgesetzlich regeln

Die Entwicklung könnte kaum widersprüchlicher sein: Einerseits kommt so gut wie niemand mehr an der Pflicht zum „lebenslangen Lernen“ vorbei; andererseits wird der gesamte Weiterbildungssektor immer mehr dem Markt überlassen. Die Zugangschancen sind ebenso unreguliert wie die Angebotsqualität. Das internationale Dienstleistungsabkommen GATS will diesen Trend festschreiben und Bildung vollends zur Ware machen.

Die Gefahr ist groß, dass die soziale Auslese immer stärker wird. Diese Tendenz lässt sich nicht allein durch einzelne innovative Projekte stoppen. Vielmehr sind strukturbildende und nachhaltige Reformen nötig, damit die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung zum Tragen kommt.

Die GEW fordert ein Konzept aus einem Guss für die allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung. Es muss gewährleisten, dass das „lebenslange Lernen“ ein echter Bildungsanspruch wird, den jede/r einlösen kann. Nötig ist ein Bundesrahmengesetz, das u.a. Zugang, Qualitätssicherung, Zertifizierung, Finanzierung und Professionalität des Personals regelt. Genau dies lässt die Kulturhoheit der Länder derzeit aber nicht zu. Deshalb schlagen GEW, IG Metall und ver.di zunächst eine bundeseinheitliche Regelung für die berufliche Weiterbildung vor. Hier hat der Bund schon jetzt die Regelungskompetenz.

## 8. Daten zur Weiterbildung erheben

Sinkt die Rate der betrieblich finanzierten Weiterbildung? Übernehmen die Beschäftigten selbst die Kosten? Erreicht politische Erwachsenenbildung jene, die wenig wissen von ihren demokratischen Rechten? Wie viele Weiterbildungseinrichtungen gibt es überhaupt? Was bieten sie an?

Auf diese Fragen gibt es wenig gesicherte Antworten. Es fehlt ein umfassendes System der Datenerhebung in der Weiterbildung. Informationen über Teilnahme, Zugang, Umfang und Fachrichtung von Angebot, Personal sowie Strukturen der Weiterbildungsträger sind nur rudimentär vorhanden. Das macht das ganze System nicht nur für Teilnehmer/innen intransparent, sondern erschwert auch die Entwicklung fundierter Reformvorschläge.

Die GEW fordert, einen umfassenden Weiterbildungsbericht einzuführen, der kontinuierlich fortgeschrieben wird. Darin sollten Daten über alle Bereiche der Weiterbildung – allgemeine, politische und berufliche – erhoben werden und zwar nicht nur aus der Sicht von Teilnehmer/innen. Nötig sind außerdem verlässliche Informationen über Trägerstrukturen und Finanzierung sowie über die inhaltlichen Angebote und die Lage der Beschäftigten.

## 9. Qualität in der Weiterbildung sichern

Sie heißen CERTQUA oder DAR, DIN, EN oder ISO 9000ff. Qualitätssicherungssysteme in der Weiterbildung sind so zahlreich und phantasievoll wie das Angebot an Kursen und Maßnahmen – und in der Regel unverbindlich.

Qualitätsstandards spielen nur dort eine Rolle, wo Kurse und Schulungen aus öffentlichen Mitteln gefördert werden oder wenn Unternehmen nur solche Weiterbildungsträger beauftragen, die zertifiziert sind. Dabei misst beispielsweise die ISO-Norm keineswegs die inhaltliche Qualität von Kursen. Die Spanne von pädagogisch hochwertigen zu schlechten Angeboten ist riesig. Motivation und Lernerfolge der Teilnehmer/innen leiden darunter. Viel Geld wird bei den „schwarzen Schafen“ der Zunft umsonst ausgegeben.

Die GEW fordert ein Ende des Suchens und Ausprobierens. Vielmehr muss es bundesweit geltende Kriterien für die Qualitätsfaktoren geben, die Input und Output im Blick haben und die regeln, wie die Maßstäbe institutionell verankert werden. Dazu gehören u.a. Standards für die Aus- und Weiterbildung des Personals sowie dessen materielle und soziale Absicherung. Bildungstest, wie es sie in der beruflichen Weiterbildung gibt, dienen dem Teilnehmerschutz, können aber eine umfassende Qualitätssicherung nicht ersetzen.

## 10. Beschäftigungsbedingungen verbessern

Sie gelten als freie Unternehmer/innen oder Scheinselbständige. Sie sind Lehrkräfte der Erwachsenenbildung im Beamtenverhältnis oder Kursleiter/innen, die auf Tagelöhnerbasis honoriert werden.

So unübersichtlich der gesamte Weiterbildungsbereich, so uneinheitlich ist auch die Lage der Beschäftigten. Dabei überwiegen prekäre Arbeitsverhältnisse.

Die GEW fordert, dass Weiterbildungsträger mehr Personal regulär anstellen, dass Tarifverträge einen sicheren Rahmen für die Beschäftigten bieten und dass sich Honorarkräfte besser für den Krankheits- und Rentenfall absichern können. Solche Verbesserungen sind dann möglich, wenn öffentliche und gemeinnützige Weiterbildungseinrichtungen mit entsprechend hohen staatlichen bzw. kommunalen Zuschüssen rechnen können. Bessere Arbeitsbedingungen nützen allen: Weil Weiterbildungsträger, die vor allem mit befristet oder auf Honorarbasis beschäftigten Dozent/innen arbeiten, nur schwer gleichbleibende Qualität gewährleisten können.

## SOS in puncto Bildungspolitik

Im internationalen Vergleich hat die Bildungspolitik in Deutschland schlechte Noten bekommen. Das hat zwar Debatten ausgelöst – zu durchgreifenden Veränderungen in der Politik haben diese aber bisher nicht geführt.

Wir ergreifen die Initiative: Die GEW macht sich als kompetente Partnerin für die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems stark. Wir brauchen qualitativ hochwertige Bildungs- und Erziehungsangebote. Dies setzt höhere Bildungsinvestitionen ebenso voraus wie deutlich verbesserte pädagogische Arbeits- und Lernbedingungen.







Ein anspruchsvolles Bildungssystem muss im frühkindlichen Bereich ansetzen und den Schwerpunkt auf individuelle Förderung legen. Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen brauchen mehr Zeit, vor allem auch durch mehr Angebote an Ganztageseinrichtungen.

Mit unserer Aktion „Rettet die Bildung“ rufen wir zum Umdenken auf. Der Rettungsring steht für die Notwendigkeit, jetzt zu handeln. Die GEW hat Ideen, Konzepte und Visionen für ein zukunftsfähiges Bildungswesen in Deutschland.

**Bildungschancen sind Lebenschancen.**

**Greift zu! Macht mit!**

## Zukunft mitgestalten. Gute Gründe für die GEW-Mitgliedschaft

-  Die GEW ist die kompetente Partnerin in Sachen Bildung.
-  Die GEW setzt sich für die materiellen und fachlichen Belange aller Beschäftigten im Bildungsbereich ein.
-  Die GEW macht sich für Qualitätsentwicklung und bessere Arbeitsbedingungen im Bildungssektor stark.
-  Die GEW ist Expertin für Arbeitsmarktfragen im Bildungsbereich.
-  Die GEW berät in beruflichen und fachlichen Fragen. Sie bietet Schutz im Rechtsstreit und bei tariflichen Auseinandersetzungen.
-  Die GEW versteht sich als durchsetzungsstarke Mitmachgewerkschaft.

## Ich mache mit!

### Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Frau/Herr \_\_\_\_\_

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

Land (D für Deutschland), Postleitzahl/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Nationalität \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

bisher gewerkschaftlich organisiert bei \_\_\_\_\_ von \_\_\_\_\_ bis (Monat/Jahr) \_\_\_\_\_

Name/Ort der Bank \_\_\_\_\_

Kontonummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Berufsbezeichnung/-ziel \_\_\_\_\_ beschäftigt seit \_\_\_\_\_ Fachgruppe \_\_\_\_\_  
Tarif/Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_ Bruttoeinkommen € monatlich \_\_\_\_\_

Betrieb/Dienststelle \_\_\_\_\_ Träger \_\_\_\_\_

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle \_\_\_\_\_ Postleitzahl/Ort \_\_\_\_\_

#### Beschäftigungsverhältnis

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> angestellt          | <input type="checkbox"/> Honorarkraft                             |
| <input type="checkbox"/> beamtet             | <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge                    |
| <input type="checkbox"/> in Rente            | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche |
| <input type="checkbox"/> pensioniert         | <input type="checkbox"/> im Studium                               |
| <input type="checkbox"/> Invalidität         | <input type="checkbox"/> ABM                                      |
| <input type="checkbox"/> Altersübergangsgeld | <input type="checkbox"/> Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum      |
| <input type="checkbox"/> arbeitslos          | <input type="checkbox"/> befristet bis _____                      |
|  | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____                          |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

**GEW-Hauptvorstand, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt am Main**

Vielen Dank! Ihre GEW

## Bei uns sind Sie an der richtigen Adresse! Die GEW und ihre bundesweiten Kontaktstellen

### GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 2 10 30-0, Fax: -45/55  
www.bawue.gew.de  
land@bawue.gew.de  
hochschul-gew@bawue.gew.de

### GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64, 80336 München  
Tel.: 0 89 / 54 40 81-0, Fax: 5 38 94 87  
www.bayern.gew.de  
info@bayern.gew.de

### GEW Berlin

Ahornstraße 5, 10787 Berlin  
Tel.: 0 30 / 21 99 93-0, Fax: -50  
www.gew-berlin.de  
info@gew-berlin.de

### GEW Brandenburg

Alleestraße 6a, 14469 Potsdam  
Tel.: 03 31 / 2 71 84-0, Fax: -30  
www.gew-brandenburg.de  
info@gew-brandenburg.de

### GEW Bremen

Löningstraße 35, 28195 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 37 64-0, Fax: -30  
www.gew-bremen.de  
info@gew-hb.de

### GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg  
Tel.: 0 40 / 41 46 33-0, Fax: 44 08 77  
www.gew-hamburg.de  
info@gew-hamburg.de

### GEW Hessen

Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt  
Tel.: 069 / 97 12 93-0, Fax: -93  
www.gew-hessen.de  
info@hessen.gew.de

### GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a, 19059 Schwerin  
Tel.: 03 85 / 4 85 27-0, Fax: -24  
www.gew-mv.de  
landesverband@mvp.gew.de

### GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16, 30175 Hannover  
Tel.: 05 11 / 3 38 04-0, Fax: -46  
www.gew-nds.de,  
email@gew-nds.de

### GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Tel.: 02 01 / 2 94 03-01, Fax: -51  
www.gew-nw.de, info@gew-nw.de

### GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8, 55116 Mainz  
Tel.: 0 61 31 / 2 89 88-0, Fax: -80  
www.gew-rheinland-pfalz.de  
gew@gew-rheinland-pfalz.de

### GEW Saarland

Mainzer Straße 84, 66121 Saarbrücken  
Tel.: 06 81 / 6 68 30-0, Fax: -17  
www.gew-saarland.de  
info@gew-saarland.de

### GEW Sachsen

Nonnenstraße 58, 04229 Leipzig  
Tel.: 03 41 / 49 47-04, Fax: -406  
www.gew-sachsen.de,  
gew-sachsen@t-online.de

### GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafestraße 6, 39114 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 73 55 43-0, Fax: 7 31 34 05  
www.gew-sachsen-anhalt.de  
info@gew-lsa.de

### GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24, 24103 Kiel  
Tel.: 04 31 / 55 42 20, Fax: 55 49 48  
info@gew-sh.de

### GEW Thüringen

Geschwister-Scholl-Straße 45, 99085 Erfurt  
Tel.: 03 61 / 5 90 95-0, Fax: -60  
www.gew-thueringen.de  
info@gew-thueringen.de

### GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt  
Tel.: 0 69 / 7 89 73-0, Fax: -1 02  
www.gew.de, info@gew.de

### GEW-Hauptvorstand

Parlamentarisches Büro Berlin,  
Wallstraße 65, 10179 Berlin  
Tel.: 0 30 / 23 50 14 11-15, Fax: -10  
info@buero-berlin.gew.de

### GEW-Hauptvorstand

Büro Bonn, Thomas-Mann-Straße 1,  
55111 Bonn  
Tel.: 02 28 / 65 77 22, Fax: 69 29 45  
bonnnerbuero@gew.de



## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft Hauptvorstand  
Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a.M.  
Tel.: 0 69 1 7 89 73 - 0  
Fax: 0 69 1 7 89 73 - 20 1  
eMail: [info@gew.de](mailto:info@gew.de)  
Homepage: [www.gew.de](http://www.gew.de)

### **Verantwortlich:**

Dr. Ursula Herdt, Ulf Rödde

### **Redaktion:**

Ursula Herd  
Helga Ballauf

### **Gestaltung und Satz:**

Werbeagentur Zimmermann  
Frankfurt a.M.

### **Druck:**

Union-Druckerei und  
Verlagsanstalt GmbH  
Frankfurt a.M.

Juli 2002